

16.05.2010

Freie Wähler im Kreistag von Landshut

Aus einer Fraktionssitzung – Pressebericht



Das Kultusministerium in München im Tiefschlaf – der Minister im Zwielficht

Das Thema Bildung stand wieder einmal im Mittelpunkt bei der FW-Kreistagsfraktion

Vom Fraktionsvorsitzenden Hans Weinzierl wurde dazu berichtet, dass Seitens des Kultusministeriums ganz offensichtlich kein Interesse bestehe, sich mit der vom Kreistag getroffenen Standortentscheidung, in Essenbach ein Gymnasium errichten zu wollen, zu arrangieren. Seit Dezember 2009 steht die Entscheidung des Kreistages und in München unterläßt man nichts, um die Realisierung zu verzögern. Man schiebt Eingaben aus dem Landkreis Straubing vor, die sich gegen den Standort Essenbach richten, um sich vor der notwendigen Entscheidung zu drücken.

Ein halbes Jahr vergeht und nichts passiert, nur weil der Kreistag nicht so entschieden hat, wie es das Ministerium gerne gehabt hätte. Ein Musterbeispiel für die Qualität der kommunalen Selbstverwaltung.

Eltern, Kinder, Lehrer und Kommunalpolitiker werden richtig vorgeführt von dieser Arroganz, die vom Kultusministerium ausgeht, obwohl derzeit die Anmeldungen für die Gymnasien in vollem Gang, ja teilweise schon abgeschlossen sind.

Auf dem Rücken der Betroffenen läuft ein politisches Machtspiel und man kann erkennen, dass die politische Unterstützung zur Umsetzung des Beschlusses fehlt.

Vor Ort wird ein Konflikt der Kommunalpolitiker geschürt, die Objektivität des Bürgerentscheides „Pro-Gymnasium“ in Frage gestellt, dabei sitzen die eigentlichen Versager vor allem in München.

Ländlicher Raum wird abgehängt – Stillstand beim Ausbau des schnellen Internets

Nach wie vor kämpfen viele Gemeinden in den ländlichen Regionen um schnelle Internetverbindungen.

Dies trifft auch für Gemeinden im Landkreis Landshut zu, wie Bürgermeistersprecher Fritz Wittmann ausführte.

Die Unterversorgung wird immer mehr zum Standortnachteil weil es sich sehr deutlich zeigt, dass immer mehr Daten über Internetverbindungen übertragen werden und die Übertragungszeiten dabei ein wesentliches Element darstellen.

„Am besten gerecht werden kann man diesen Ansprüchen mit der Breitbandtechnologie“, meinte Bürgermeister und Kreisrat Alfred Holzner aus Rottenburg.

Allerdings ist die Deutsche Telekom, als einzig relevanter Anbieter der Breitbandtechnologie, immer weniger bereit, den ländlichen Raum entsprechend zu erschließen. „Diese Firma investiert halt dort, wo es sich lohnt und das sind die Ballungsräume“ so Ludwig Robold, Bürgermeister und Kreisrat als Ergoldsbach.

Förderung der Bayerischen Staatsregierung verpufft

Der von der Staatsregierung versprochene Ausbau der Internetverbindungen im ländlichen Raum zeigt kaum Wirkung.

Das Förderprogramm ist zu kompliziert und führt in seiner Anwendung vor allem dazu, dass man nicht den bestmöglichen Standard erreicht und sich Übertragungsleistungen erschließt, die für die Zukunft nicht ausreichen.

Wer will sich gerade in diesem sich so schnell entwickelnden Bereichen schon mit der zweitbesten Lösung zufrieden geben und dafür auch noch einen Menge Geld ausgeben.

Bund bietet Fördermittel an und Bayern will sie nicht -ein schwerer Schlag gegen die Gemeinden-

Nunmehr hat der Bund ein Förderprogramm aufgelegt, das auch vom Volumen her helfen könnte, Versorgungslücken zu schließen.

Mit einem Fördersatz von 90 % und einem Volumen von 500 000 € je Maßnahme wäre eine Finanzierung zu erreichen, die für die einzelnen Gemeinden sehr attraktiv wäre.

Der Freistaat Bayern weigert sich allerdings dieses Förderprogramm für die Gemeinden sicherzustellen, in dem er nicht bereit ist, seinen Anteil in Höhe von 40 % aufzubringen, obwohl sich bereits elf andere Bundesländer diesem Förderverfahren angeschlossen haben.

Die Bundesmittel werden also den Bayerischen Gemeinden vorenthalten.

„Ein echter Skandal“, so Hans Weinzierl, der Fraktionssprecher, wobei sich wieder einmal zeige wie der ländliche Raum tatsächlich behandelt wird.

„Ich frag mich auch, wo hier der Bayerische Gemeindetag als Interessenvertreter des ländlichen Raumes bleibt“, so Hans Weinzierl, der bei der Gelegenheit an die Bürgermeister appellierte eine entsprechende Unterstützung Seitens des Verbandes mit allem Nachdruck zu fordern.